

Tafeln – oder hungern? Mobilisierung gegen Armut

GEORG RAMMER

In Deutschland besitzen zehn Prozent der BürgerInnen fast zwei Drittel des gesamten Vermögens – und nur noch zehn Prozent der Bevölkerung ist der Überzeugung, es gehe gerecht zu in der Welt (Heitmeyer 2007). Während Verbände und Initiativen dafür kämpfen, dass arme Kinder wenigstens eine warme Mahlzeit am Tag bekommen, melden die Zeitungen: Kaum hat der kleine Mann mit seinen Steuergeldern den Kollaps des globalen Finanzsystems abgewendet, da streichen einige Banken schon wieder Rekordgewinne ein. Während die letzten Bundesregierungen durch ihre Beschlüsse zu Steuerpolitik und zu Arbeitsmarkt- und Finanzmarktpolitik Konzernprofite gesteigert und Reiche noch reicher gemacht haben, wächst die Armut von Kindern und Familien und die Zahl der Suppenküchen und der Tafeln.

Für eine Million Menschen in Deutschland sind die Tafeln eine existenzielle Notwendigkeit. Sie helfen ihnen zu überleben; sie helfen natürlich nicht, aus der Armut herauszukommen. Wer hat überhaupt ein Interesse daran, dass sich die Verhältnisse ändern, die so zielsicher einen Teil der Bevölkerung als ökonomisch unverwertbar aussondern? Sozialpsychologisch betrachtet hilft bürgerliche Wohltätigkeit (»Sie reichen euch manche Almosen hin ...«, Kurt Tucholsky) nicht nur den Ar-

men. Sie hilft auch den WohltäterInnen, sich auf der Seite »der Guten« zu fühlen, ohne die Frage nach Gerechtigkeit stellen zu müssen: Wieso gibt es wachsende Armut in einem der reichsten Länder der Erde? Und wie kann sie beseitigt werden?

Mit der ständig größer werdenden Kluft zwischen Reich und Arm wird auch die Trennung der Lebenswelten allenthalben spürbar. Wird sie nur durch Almosen und Mitleid überbrückt, bestätigen sich beide Seiten in ihren Rollen: Großzügig Spendende auf der einen, hilflose Opfer auf der anderen Seite. Individuelle Mildtätigkeit ohne die Stellungnahme zu den politischen Ursachen von Armut und gesellschaftlicher Spaltung gerät leicht zum Almosen, das die Betroffenen in ihrer Rolle der Hilfsbedürftigkeit bestärkt – und entmündigt. Allerdings: Wären politische Strategien zur Mobilisierung gegen die Macht einer politisch-wirtschaftlichen (selbsternannten) Elite einfach zu entwickeln und erfolgreich, gäbe es in Deutschland keine Armut mehr. »Die Unterschichten selbst müssten zur Quelle einer anti-bürgerlichen Gegenbewegung werden.« Der Soziologe Stephan Lessenich (Freitag, 12.09.2009) gibt leider keine Anregungen, wie das geschehen könnte.

Die »Elite« hat der Bevölkerung die neoliberalen Politik der letzten Jahre als alternativlose Notwendigkeit dargestellt und die daraus resultierende Kluft zwischen Arm und Reich (wenn überhaupt) mit der »Pferdeäpfel-Theorie« gerechtfertigt: Gib den Pferden viel zu fressen, dann fällt hinten auch was für die Spatzen ab. In Wirklichkeit hat die Politik den globalen »Standort«-Wettbewerb propagiert und dafür Löhne gesenkt, Arbeitsverhältnisse dereguliert, die soziale Sicherung abgebaut, öffentliches Eigentum privatisiert und die Finanzmärkte von allen Fesseln und Kontrollen befreit – mit den bekannten Folgen von wachsender Armut, aber auch einer tiefen Kluft in der Gesellschaft. Und diese wird jetzt als natürlich und verdient legitimiert. Angesichts weiterer Lasten für die »üblichen« Verlierenden ohne Vermögen und in prekären sozialen Verhältnissen wächst aber die Angst der »Oligarchie« vor sozialen Unruhen; denn die offenkundige Ungerechtigkeit, die Armut bei gleichzeitig steigenden Profiten und Vermögen, unterhöhlt die Loyalität von Verlierern und solchen, die es werden könnten. Da muss ideologisch nachgeholfen werden. Der Klassenkampf wird auch medial ausgetragen; die Interpretationshoheit mit

dem Begriffspaar »Leistungsträger« vs. »Unterschicht« nimmt demagogische und zuweilen »sozialrassistische« Formen an.

Deutschland ist kein sozialer Rechtsstaat und nur formal eine Demokratie, solange die soziale Herkunft über Lebenschancen entscheidet, solange Grundrechte auf Gesundheit, Bildung und freie Entfaltung nur auf dem Papier, aber nicht in der Realität für alle Menschen gelten. Diese Grundpfeiler des sozialen Rechtsstaates, nämlich die Verpflichtung des Staates zum Abbau sozialer Ungleichheit und zur Durchsetzung der Wahrnehmbarkeit von Grundrechten für alle Menschen, hat das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom 9. Februar 2010 zu Hartz-IV-Regelsätzen allerdings nicht erwähnt.

Eine Änderung dieser Verhältnisse setzt voraus, dass die Menschen, die bislang Opfer und Leidtragende waren, ohne Angst und Scham ihre Rechte einfordern. Unterstützung und Ermutigung zielen dabei auf Stärkung des Selbstbewusstseins, damit das alte Thema Gerechtigkeit auf die Tagesordnung gesetzt werden kann: »Möge der Kampf beginnen um das berühmte Kapitel der Gleichheit und des Eigentums!«, wie Grachthus Babeuf 1797 ausrief.

Kann es gelingen, in einem Bündnis von Tafeln und Verbänden, Gewerkschaften und Kirchen, sozialen Bewegungen und Erwerbsloseninitiativen nicht nur einen anderen Umgang mit Armut, sondern die Abschaffung von Armut und systematischer Benachteiligung in einem reichen Land auf die Tagesordnung zu setzen? Bislang sind nicht einmal die kleinsten sozialen Absicherungen gegen die Verarmung, wie Eingrenzung des Niedriglohnsektors, gesetzliche Mindestlöhne und Vermögenssteuer durchsetzbar; Armut, Benachteiligung, soziale Not zerreißen die Gesellschaft. Und sie sind durch Einrichtungen wie die Tafeln zu lindern, aber nicht durch mildtätige Almosen zu beseitigen.

Wenn durch eine gerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen, Arbeit und Macht der soziale Rechtsstaat verwirklicht wird, werden die Tafeln überflüssig. Darauf sollten Aufklärung, die Suche nach Verbündeten und die politische Aktion zielen. Denn: Es ist genug für alle da – es ist nur ungerecht verteilt. Der Prozess der politischen Mobilisierung wird nachfolgend in zwei Szenen sowohl illustriert als auch andeutungsweise praktiziert.

Szene 1

Eine Gruppe besonderer Persönlichkeiten hat sich im Bundeskanzleramt versammelt. Anlass ist der Geburtstag von Josef Ackermann, Deutsche Bank. Außer der gastgebenden Hausherrin Angela Merkel und dem Vizekanzler Guido Westerwelle sind zahlreiche Vorstandsvorsitzende von Konzernen und Banken, Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen, der hessische Ministerpräsident Roland Koch, Bundesbank-Vorstand Thilo Sarrazin, Maria-Elisabeth Schaeffler (Milliardärin) und Peter Sloterdijk für den Frankfurter Zukunftsrat (»Gier ist genbedingt«) anwesend. Und natürlich die wichtigsten Meinungsbildner von Springer, Zeit, FAZ und Focus. Die Stimmung nach dem köstlichen Mahl ist locker, die Äußerungen frei, die Einschätzung der Lage in Deutschland optimistisch und von der staatstragenden Verantwortung für die LeistungsträgerInnen getragen – also für sich selbst.

Merkel: Meine Herren, ich muss leider sagen: *Manches wird erst noch schwieriger, bevor es wieder besser werden kann.*¹ Wer wüsste besser als Sie, welche weiteren Grausamkeiten auf die Bevölkerung zukommen. Aber wie mein ehemaliger Wirtschaftsminister zu Guttenberg sagte: *Die Leistungsträger dürfen nicht das Gefühl haben, dass sie alle Lasten aufgebürdet bekommen.*

Koch: Das will hier sicher niemand. Was wir brauchen, sind deutliche Worte gegen *die Perversion des Sozialstaatsgedankens.*

Schirmacher, FAZ: Kannst du das etwas genauer ausführen, Roland?

Koch: Wir müssen die öffentliche Diskussion beherrschen. Über Vermögenssteuer, über Mindestlöhne wird nicht geredet. Stattdessen sorgen wir dafür, dass der Blick auf die *Schmarotzer* und *Parasiten* gelenkt wird ...

Merkel: Herr Koch, bitte ...

Koch: ... habe nur den Kollegen Clement zitiert, mit Verlaub. Ich sage aber in der brutalstmöglichen Deutlichkeit: *Wir*

¹ Kursiv gesetzte Textstellen sind Originalzitate.

müssen jedem Hartz-IV-Empfänger abverlangen, dass er auch einer niedrigwertigen Arbeit nachgeht.

Ackermann: Klar. Einverstanden.

Westerwelle: Die ganze Hartz-IV-Diskussion trägt doch *sozialistische Züge*. Wir als Leistungselite müssen gegen das Anspruchsdenken einen Wall aufbauen und klar machen: *Wer dem Volk anstrengungslosen Wohlstand verspricht, lädt zu spät-römischer Dekadenz ein.*

Sarrazin: Da stimm ich Ihnen zu. Aber wir müssen auch handeln. Wir haben ja *einen Teil von Menschen, etwa 20 Prozent der Bevölkerung, die nicht ökonomisch gebraucht werden, 20 Prozent leben von Hartz IV und Transfereinkommen*. Dieser Teil muss sich auswachsen.

Springer, Axel Springer AG: Oh, wie ich Ihre Klarheit und Deutlichkeit bewundere. Das braucht unser Land.

Diekmann, BILD: A propos, kennt ihr den? Warum werden Frauen seit fünftausend Jahren unterdrückt? Hm? Weil es sich bewährt hat! (Er lacht wiehernd.)

Sloterdijk: Unser Sozialstaat ist doch inzwischen eine *institutionalisierte Kleptokratie*.

Merkel, leise: Oh, was meint er damit?

Sloterdijk: Das Projekt der Aufklärung ist gescheitert. Das Scheitern manifestiert sich besonders deutlich in der hohen zwangssteuerlichen Belastung von uns, der Leistungselite. Dagegen brauchen wir *eine Revolution der gebenden Hand, einen fiskalischen Bürgerkrieg gegen die Ausbeutung der Produktiven durch die Unproduktiven. Steueraktive werden durch bloße Transfermassennehmer ausgebeutet*. Ich habe deshalb vor, *ein Manifest der Leistungsträger zu veröffentlichen!*

Schaeffler: Er spricht mir aus der Seele!

Sloterdijk: Es ist die objektive Aufgabe der FDP, endlich die *Leistungsträgerverleumdung zu bekämpfen und dafür zu sorgen, dass der Leistungsträgerkern der deutschen Population sich in Zukunft nicht nur fiskalisch stark mitgenommen fühlt, sondern sich endlich auch politisch, sozial und kulturell gewürdigt weiß.*

(Große Heiterkeit im Saal.)

Koch: Unser tapferer Revolutionär!

Westerwelle: Sag ich doch schon immer. In Deutschland gibt es *nur noch Bezieher von Steuergeld, aber niemanden, der das alles erarbeitet!*

Merkel: Ich möchte aber zu bedenken geben, wir dürfen den Bogen nicht überspannen, sonst stehen uns doch noch soziale Unruhen ins Haus. Wir müssen auch den *guten Geist des Zusammenhalts* beschwören, nicht wahr?

von der Leyen: Klar. Der *Nationale Aktionsplan für ein kindergerichtetes Deutschland 2005-2010* kam ja auch mit den Hartz-Gesetzen Hand in Hand. Derzeit haben wir übrigens auch noch das *Europäische Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung*. In der Inflation der Proklamationen müssen wir mehr das Positive hervorheben. Zum Beispiel die große gesellschaftliche Bedeutung der Tafeln. Immer wieder müssen wir hervorheben: *In Zeiten einer globalisierten Welt brauchen wir solch ein bürgerschaftliches Engagement mehr denn je!*

(Großes Gelächter im Saal, Rufe wie »Hört, hört!«)

Greiner, ZEIT: Ja, prima. Wenn man akzeptieren könnte, dass *Ungleichheit zu den menschlichen Grundbedingungen zählt, gewinnt die Tugend der Barmherzigkeit ihr altes Gewicht zurück.*

Merkel: Ja, sehr gut. Sorgen macht mir der soziale Rechtsstaat. Herr Köhler und ich haben es bei den 60-Jahres-Feiern noch tunlichst vermieden, ihn in unseren Reden zu erwähnen. Aber jetzt beginnen immer mehr Chaoten, sich auf ihn zu berufen. Müssen wir dem etwa Rechnung tragen?

(Allgemeines Durcheinander, aus dem nur einzelne Worte heraustönen: *Perversion ... Kleptokratie ... Bürgerkrieg ... kleine Kopftuchmädchen ...*)

Greiner: Der soziale Rechtsstaat wird transformiert, quasi erhöht durch *Barmherzigkeit, durch eine Kultur der Almosen. Arm und Reich wird dann verbunden für ewig durch ein mildtätiges Herabblicken und ein hilfesuchendes Emporblicken!*

(Großer Applaus, Deutschlands Elite stößt an.)

Szene 2

Das folgende Gespräch könnte so stattfinden – wenn TafelnutzerInnen und politisch aktive KritikerInnen der sozialen Verhältnisse miteinander ins Gespräch kämen.

Wir sind gespannt, ob im Dialog zwischen »KundInnen« einer Tafel (A und B) und dem Chronisten von Attac (C) Ver-

ständigung möglich ist und vielleicht sogar weiterführende Ideen aufscheinen.

C: Entschuldigung, kann ich mal kurz mit Ihnen reden?

A: Kommt drauf an.

C: Ich schreibe an einem Artikel über die Tafeln. Und da ist mir natürlich die Meinung der Betroffenen wichtig.

A: Dass Sie hier kein Kunde sind, das war mir gleich klar.

C: Ach – wieso?

A: Wieso? Kleidung. Wie Sie die Leute mustern. Wie Sie hier rumstehen. Alles.

C: Also gut, jetzt sind wir ja fast schon mitten im Thema. Machen Sie mit?

A: Ok. Aber ich will unsere Namen nicht in der Zeitung lesen.

C: Wieso unsere?

A: Die Kinder sind schon vorne in der Schlange.

C: Ja? Überhaupt sehe ich hier eine Reihe von Kindern. Sind die alle auf die Tafel angewiesen?

(Jetzt mischt sich ein Mann in der Schlange ein, der aufmerksam zugehört hat.)

B: Oh, die verzichten alle gern auf ihre Lebensperspektive zugunsten der Banker und der reichen Erben!

C (lächelt unsicher): Ach so. Aber Sie sprachen vorhin von »Kunden«. Das stimmt doch so eigentlich nicht, oder?

A: Was stimmt hier schon. Nur die Plastikblumen sind echt. Aber wissen Sie für uns was Besseres? Hilfsbedürftige etwa? Wohlfahrtsempfänger? Oder Almosen-Abhängige? Nee, da ist mir Kunde schon lieber.

C: Kaufen Sie hier regelmäßig ein?

A: Ja. Leider.

C: Warum?

A: Wie bitte? Warum ich hier einkaufe? Oh Mann. Haben Sie schon mal versucht, von Hartz IV zu leben – mit drei Kindern? Alleinerziehend? Nee, haben Sie natürlich nicht, sonst wüssten Sie, was das für ein Gefühl ist, den Kindern kein Pausenbrot mitgeben und keine Schuhe kaufen zu können. Trotz Putzen am Abend. Und deshalb steh ich lieber hier, wenn auch nicht gern, das kann ich Ihnen verraten.

C: Aber das ist ja das Problem! Es geht doch immer mehr Menschen so. Vor 15 Jahren, da gab es zehn Tafeln und heute sind

es schon 900! Vor 40 Jahren war gerade mal jedes 75. Kind arm, heute ist es schon jedes sechste oder fünfte!

A: Das brauchen Sie mir nicht erzählen.

C: Alle zehn Jahre hat sich die Zahl der armen Kinder verdoppelt!

A: Da haben meine aber auch nichts davon.

C: Und gleichzeitig gibt es immer mehr Vermögen, aber in immer weniger Händen! Finden Sie das gerecht?

A: Vom Reden über Gerechtigkeit werden wir auch nicht satt.

C: Ja, schon klar. Ich will nur sagen, dass die Tafeln ein paar Leute satt machen, aber auch dazu beitragen, dass alles so bleibt in Deutschland: ungerecht, asozial, total gespalten. Die Politiker kümmern sich um die Profite der Konzerne und Banken, der reichen Erben und Spekulanten ...

A: Schreien Sie mal nicht so rum. Jetzt will ich Ihnen mal was sagen: Das wissen wir doch alles. Glauben Sie, hier gibt's auch nur einen Menschen, der das nicht am eigenen Leib erfahren hätte? Wenn Sie Hunger haben, reißen Sie den Mund auch nicht so weit auf. Schon gar nicht, wenn Sie auf Almosen angewiesen sind.

C: Das versteh ich schon. Aber wissen Sie, wie ein Sarrazin über Sie redet? Ein Vorstand der Bundesbank! Verächtlich und entwürdigend!

A: Dann entwürdigt er sich nur selber. Darf ich Sie mal was fragen? Wie viel verdienen Sie denn? Fragen Sie mal herum in Ihrem Freundeskreis, wie viele Häuser und Aktien da zusammen kommen. Oder machen Sie mal eine Umfrage bei denen, für die Sie schreiben: Wie viel verdienen die und wie viel haben die auf der Bank? Ja, ja, es ist so schön, sich Gedanken zu machen über die Probleme der Anderen. Wie viel Taschengeld kriegen Ihre Kinder? Und wo waren Sie im Urlaub? Sie leben doch in einer anderen Welt!

B: Birgit, jetzt mach mal ...

A: Halt, ich bin noch nicht fertig. Wenn die guten Bürger am Marktplatz mal ein paar Punks oder Penner mit der Bierflasche gesehen haben, dann rufen sie: Seht ihr, die versauen doch ihr Geld! Ja, pflegt mal schön euere Vorurteile, verteilt weiter Almosen an die armen Kinder mit den dankbaren Augen und beruhigt euer Gewissen, damit ihr ja nichts ändern müsst!

B: Birgit, so kenn ich dich ja gar nicht. Der Herr hier sagt doch auch nichts anderes. Wir sollten nicht mit denen streiten, die auch gegen Hartz und Niedriglöhne sind, sondern mit den anderen.

A: Wen meinst du, wenn ich fragen darf?

B: Die Verbrecher, die dafür sorgen, dass Kinder in armen Familien zehn Jahre früher sterben als Wohlhabende. Ja, für mich sind das Verbrecher.

A: Und jetzt wirst du uns gleich verraten, wie du das anstellen willst. Die Regierung schön bitten, jetzt tut was für uns?

B: Ach was, das waren doch die, die das angerichtet haben. Die machen doch Politik für die Reichen. Soll ich die ganzen Beispiele aufzählen, die Mehrwertsteuer und die Körperschaftssteuer und die abgeschaffte Vermögenssteuer und Erbschaftssteuer – sie sorgen so rührend für ihre Leute! Wer hat denn davon profitiert in den letzten zehn Jahren? Die haben 38 Gesetze zur Entfesselung der Finanzmärkte beschlossen, 38, um den Spekulanten und Abzockern den Weg frei zu machen! Und wenn sie sich hoch verspekuliert haben, kriegen sie den Milliardenschirm. Ha, aber nicht von meinen Steuergeldern! Nee. Da müsste schon was anderes passieren.

C: Woher wissen Sie das alles?

B: Sie scheinen ja ein merkwürdiges Bild von den Leuten hier zu haben. Wenn wir wenig Geld haben, haben wir auch wenig im Kopf. Mein Vater ist ein alter Sozi. Erst nach der Agenda und nach Hartz ist er dann ausgetreten. Als er mit 54 seine Arbeit verloren hat.

C: Fühlen Sie sich eigentlich als Teil »einer der größten sozialen Bewegungen unserer Zeit«, wie der Bundesverband der Tafeln sagt?

B: Quatsch, schauen Sie uns doch an. Wir sind doch keine soziale Bewegung. Das ist Armenspeisung und ich bin auf sie angewiesen, aber ich bitte Sie: da bewegt sich doch nichts.

C: Manche sagen, die Tafeln stellen nur die Bedürftigen ruhig.

B: Klar. Deshalb lobt uns unsere Schirmherrin auch so lieb. Kennen Sie sie?

C: Nee, wer ist es denn?

B: Die nette Frau von der Leyen. Können Sie erraten, was sie über uns sagt?

C: Na, da wird was von Globalisierung und Eigenverantwortung und bürgerliches Engagement dabei sein.

B: Hey, Mann, Sie sind gut! Genau das sagt sie.

A: Aber ich versteh dich nicht. Willst du, dass die Tafel wieder verschwindet ...

B: Nee ...

A: Dass sie Arbeitszwang einführen ...

B: ... was sind die 1-Euro-Jobs denn anderes? Natürlich will ich die Tafel behalten, weil wir sie brauchen. Aber mal unter uns: Hättet ihr was gegen Arbeitszwang für die einzuwenden, die nur von dem ererbten Vermögen und den Profiten leben, die andere für sie erarbeitet haben?

A: Meinst du wirklich, dass die nichts leisten?

B: Weißt du, was ich gehört habe? Da haben zum Jahreswechsel Wissenschaftler von so einer Londoner Denkfabrik, New Economies Foundation heißt sie, mal genauer geschaut, was bestimmte Berufsgruppen verdienen und was sie dafür leisten, für die Gemeinschaft. Und da kam heraus, dass ein Investmentbanker für jeden Euro von den Millionen, die er im Jahr kriegt, sieben für uns alle vernichtet! Vernichtet für die Gemeinschaft. Und Steuerberater für die Reichen vernichten sogar 47 Euro für jeden Euro, den sie einnehmen! Und jetzt hör mal: Warst du nicht mal Erzieherin? Bei den Erzieherinnen und bei Putzfrauen und Müllwerkern ist das Verhältnis genau umgekehrt. Die verdienen so wenig, dass einige von ihnen auch hier Schlange stehen. Aber sie leisten das Zehnfache von ihrem Verdienst für die Gesellschaft!

A: Na ja, gewusst hab ich das ja schon immer. Wenn du den Hals nicht voll kriegst, musst du umso lauter rufen, ach, die armen Kinder, gebt ihnen ein warmes Mittagessen! Und eine Hose aus der Kleiderkammer! Damit niemand auf die Idee kommt zu fragen, hey, warum ist das eigentlich so? Ist das denn gerecht? Es stimmt schon: Wärst du nicht arm, wär der nicht reich.

C: Das könnten eigentlich auch sinnvolle Projekte in den Schulen sein: Hartz-IV-Regelsätze berechnen, die auseinanderdriftenden Einkommen und Vermögen vergleichen, damit die Kinder nicht mit dem Gefühl aufwachsen, sie seien Loser und Versager – sie werden dazu gemacht! Woher sollen sie Selbstvertrauen entwickeln?

B: Schaut euch hier mal um: Hier geht keiner aufrecht. Jeder macht sich so klein, wie es nur geht. Und deshalb bleibt auch alles so wie es ist. Nur schlimmer.

A: Aber du holst dir halt auch hier deinen Korb voll Lebensmittel und sagst nichts.

B: Also früher, da waren die Armen, die Arbeiter oder Arbeitslosen, viel selbstbewusster. Die sagten sich: Ja, ich bin arm, aber das ist ungerecht. Und es wird Zeit, dass wir etwas für eine gerechte Verteilung tun. Heute schämt sich jeder, der arm ist, weil Parteien und Presse gegen sie hetzen. Der Spiegel meint, höhere Hartz-IV-Regelsätze kann man nicht rechtfertigen wegen der vielen Extras für die Armen wie Suppenküchen und Tafeln! Die stellen doch alle unter Schmarotzer-Verdacht. Klar, dass dann die Meisten unter dem Existenzminimum anfangen, sich zu schämen und zu denken: Bin ja selbst schuld.

A: Da kannst du halt nichts dagegen machen. Oder glaubt ihr, die werden jetzt in sich gehen und sagen: Ja, wir haben abgesahnt was ging, euch ausgenommen wie eine Weihnachtsgans und um eueren Anteil betrogen: Da habt ihr unser gierig zusammengerafftes Vermögen!

B: Ja, und dann wachst du auf. Wenn Attac oder die Armutskonferenz oder Die Linke Forderungen stellen und Appelle an die Bundesregierung richten, werden die es doch nicht mal ignorieren. Wir müssten schon selber etwas tun. Ja, warum hier nicht mal auch solche Laufschriften anbringen, wie im Fernsehen für die Aktienkurse? Ich würde hier jeden Tag bekannt geben, wie es ist: So hat sich die Zahl der Niedriglöhner und der Hartz-IV-Familien entwickelt. Und so ist das Vermögen in Deutschland verteilt. Und letztes Jahr sind die Gewinne um vierzig Prozent gestiegen und die Renten um drei Prozent gesunken. Und so weiter.

A: Du hast ja Ideen!

B: Ich hab noch mehr: Ich würde hier Listen auslegen für Unterschriften, dass sich die Regierung bei den Generationen entschuldigt, die sie in die Armut getrieben hat. Und Wiedergutmachung verspricht und einen Schutzschild, damit es nie wieder passiert. Und jeden Tag sollten wir mit den Kindern vor das Bundesverfassungsgericht ziehen, damit die hohen Richter sehen, wie es im sozialen Rechtsstaat aussieht.

C: Moment, das muss ich notieren ...

B: Dabei könnt ihr uns gern helfen. Ihr habt doch Wissenschaftler und Juristen. Sollten wir nicht durchsetzen, dass Leute, die wegen ihrer sozialen Herkunft benachteiligt wurden und krank geworden sind, eine Zivilklage einreichen können gegen den Staat? Haben wir Grundrechte und einen sozialen Rechtsstaat oder haben wir keinen?

A: Oh, ich glaube, wir haben keinen.

B: Warum hängt dann eigentlich noch kein Transparent am Rathaussturm? »Gerechtigkeit für alle!« Und wieso liegt hier eigentlich keine Unterschriftenliste für Mindestlohn und Vermögenssteuer? Also wenigstens das müsste doch sein, oder? So, und jetzt hol ich was zu essen.

Literatur

Heitmeyer, Wilhelm (Hg.) (2007): Deutsche Zustände. Folge 5. Frankfurt a.M.